

Zur Position der "Linken" in der zürcherischen Sozialdemokratie

Autor(en): **Gartmann, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 5

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339163>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Position der «Linken» in der zürcherischen Sozialdemokratie

Antwort an Beat Bürcher ¹

C'est «la tentation permanente de la gauche, la tentation cathare: l'exigence des parfaits qui les conduit à rejeter comme impure toute démarche qu'ils jugent au millimètre, à la virgule, étrangère au commandement de leur conscience et aux prescriptions de la lettre (. . .). De leur prie-Dieu ils font une chapelle, et de leur chapelle une Eglise. Ils rêvent de communion universelle et ne supportent pas un voisin qui se mouche.»

François Mitterand: «La Rose au poing»

Die Bemühungen Beat Bürchers, eine Position der «Linken» – die Anführungszeichen sind aufschlussreich – innerhalb der Sozialdemokratie zu umschreiben, wären lobenswert, könnten sie doch die Gelegenheit bieten, die Auseinandersetzungen unter Personen auf die Ebene der Ideen zu heben. Soweit er aber die Zürcher «Linke» meint, ist sein Bemühen ein Kraftakt: Ordnung in ein Chaos hineinzudeuteln; Tatsachen zurechtzubiegen; Erfolge einseitig zuzurechnen; Ideen vorzuschieben, um die Manipulationen einer kleinen Gruppe zu verdecken, deren Mitglieder genau das tun, was sie vielen langjährigen Funktionären der SP vorwerfen: Ämter und Machtpositionen unter sich aufzuteilen und zu kumulieren; im Namen der Basis sprechen, ihr aber keine erweiterten Artikulationsmöglichkeiten schaffen und ihr «falsches Bewusstsein» unterschieben, wo sie sich nicht so äussert, wie es gewünscht wird.

Der relative Erfolg dieser Gruppe ist auf verschiedene Faktoren zurückführbar:

- Sie tritt im Namen der vielen neuen und jungen Mitglieder auf, die nicht aus der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie gestossen sind, sondern – ich brauche das Wort absichtlich – aus einer kulturkritischen Haltung oder sogar einem diffusen Unbehagen. Sie haben viel Idealismus mitgebracht. Sind sie aber politisch geschult worden? Haben sie die «Bewegungsgesetze» dieser Gesellschaft analysiert und zusammen mit der Arbeiterschaft, welche sie in den Sektionen und Gewerkschaften vorgefunden haben, Ansatzpunkte einer politischen Umgestaltung gefunden, die zu einem kontinuierlichen Fortschritt führen könnten? Sind sie nicht eher den Winkelzügen einer relativ kleinen Gruppe gefolgt, die sie nie kontrolliert haben, weil sie vom Idealismus dieser Leute überzeugt waren und dies als ausreichende Garantie gegen

¹ «Profil» 2/1976: Zur Position der «Linken» in der Sozialdemokratie.

Machtmissbrauch erachteten? «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser», wäre ihnen zuzurufen. Der Aufbau einer Linken steht noch bevor. Die vielen neuen und jungen Mitglieder müssen aktiviert werden, und sie müssen die «Linken» überwinden und sich bescheiden und lernbereit an der Basis betätigen, einer Basis, welche weitgehend noch aus einfachen Arbeitern und Gewerkschaftern besteht.

- Die «Linken» sind meistens Akademiker. Die Partei ist neben ihnen durch linksliberale, nonkonformistische Intellektuelle erweitert worden. Es besteht zwischen beiden Gruppen ein gewisses aus ihrer Herkunft begründetes Zusammengehörigkeitsgefühl. Ferner traten ausgesprochene Technokraten in die Partei ein, die ihr Fachwissen zur Umgestaltung der Gesellschaft gerne bereitstellten, auf Perfektion drängten und bei den «Linken» grössere Chancen als bei den traditionellen Sozialdemokraten sahen. Ich behaupte, dass bei den meisten dieser Sympathisanten keine klaren Vorstellungen über die Tätigkeit und die Absichten der «Linken» bestehen. Sie blieben meist im Hintergrund und überliessen den «Linken» das Feld im Kampf gegen die traditionelle Sozialdemokratie. Sie haben vielfach Stellungnahmen von erfahrenen Mitgliedern oder von Parteigremien nicht als wirkungsvolle Massnahmen im politischen Kampf gegen das Bürgertum erkannt, sondern als Haltung verkalkter Funktionäre. Es liegt mir fern, solches Verhalten abzustreiten. Es mag oft sogar dominiert haben. Ich wende mich nur gegen die üblich gewordenen Pauschalurteile. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die «Linken» in hohem Masse von Missverständnissen linksliberaler Intellektueller, Technokraten und Individualisten profitiert haben. Sie haben es aber immer vermieden, solche Leute in wichtige Gremien vorzuschlagen, sondern die Vorschläge kamen immer aus derselben Küche. Ich kenne einige Sektionen, die als «links» gelten. Die Gegensätze innerhalb dieses Bereichs sind sehr gross, werden aber merkwürdigerweise kaum wahrgenommen: Sie reichen von eigentlichen linksextremen Kadersektionen über zerfallende Sektionen mit einem «linken», intoleranten und zu jeder Verwaltung einer Sektion unfähigen Kern bis zu Landsektionen, welche eine Atmosphäre freisinniger Ortsparteien fortschrittlicheren Zuschnitts ausstrahlen. Fast allen ist aber gemein, dass sie von der Arbeiterschaft kaum mehr als «ihre» Sektionen empfunden werden.
- Wenn man angesichts des Unterbleibens eigentlicher Durchbrüche überhaupt von «Wahlerfolgen» sprechen will, welche sich die «Linken» zurechnen, dann verdanken sie sie wahrscheinlich wiederum dem ungewohnten Image ihrer Wahllisten, wo neben Arbeitern und Beamten in grosser Zahl Akademiker traten, welche ein aufgeschlossenes Bürgertum ansprachen und zugleich von den «Linken» gefördert wurden. Wer sich – einmal gewählt – in echt bürgerlich-individualistischer, politisch aber wirkungsloser Art profilierte, konnte einer Wie-

derwahl sicher sein, vor allem dann, wenn er noch das Glück hatte, wegen Missachtung des sozialistischen Prinzips der Solidarität ein Parteiverfahren zu provozieren.

- Die «Linke» hat es in hohem Masse verstanden, dass durch eine falsche Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik unter Beteiligung sozialdemokratischer Magistraten geschaffene Malaise in der Bevölkerung auszunützen. Sie hat damit im selben Ausmass Junge wie Alte, Fortschrittliche wie Konservative, Arbeitnehmer wie Angehörige des kleinen selbständigen Mittelstandes in der Bevölkerung mobilisieren können. Eine stabile und erweiterte Basis auch für andere und ebenso wichtige sozialdemokratische Anliegen hat sie damit nicht schaffen können. Sie stand aber in diesen Aktionen auch innerhalb der Partei nicht allein und konnte nur deshalb meistens recht mühelos die Stadtpartei als Ganzes auf Positionen gegen diese Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik festlegen. Ansätze für eine alternative Stadtpolitik waren aber schon im Wahlprogramm der Stadtpartei von 1970 enthalten, wobei allerdings der U-Bahn damals noch eine bedeutende Rolle zukam, nicht zuletzt unter dem Einfluss von Mitarbeitern aus dem ORL, deren einer dann später die Front wechselte und nun von den «Linken» als nützlich geduldet wird. Der Anstoss für die endgültige Wende in der U-Bahn-Frage kam dann von Wolf Linder, der auf einer nichtmarxistischen politökonomischen Linie nüchtern und überzeugend nachwies, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen die U-Bahn nicht zum erwarteten Ziel, sondern eher zum Gegenteil führen wird. Soweit es mich selbst betrifft, ging es dann schliesslich um die Frage, ob diese Rahmenbedingungen rechtzeitig zu schaffen seien oder nicht. Ich habe unter dieser Voraussetzung für die U-Bahn votiert, mich dem Entscheid der städtischen DV aber gefügt und mich aktiv in meiner Sektion – einer «nichtlinken» Arbeitersektion mit über 500 Mitgliedern – für das Nein eingesetzt. Ich bin gespannt darauf, ob «Linke» und «ihre» Sektionen ein solches Mass an Solidarität auch aufbringen werden, zum Beispiel bei unserer Bodenrechtsinitiative.

Kommen wir nun zu einigen Ausführungen von Beat Bürcher, in denen Missverständnisse, Verdrehungen und typische Haltungen der von ihm verteidigten «Linken» aufscheinen.

Viele der «Linken» seien auf Grund von «Standortbestimmung und Aktionsprogramm» der Zürcher Sozialdemokratie vom 1. Februar 1969 in die Partei eingetreten. Zwischen dem Eintritt einiger Genossen, welche heute den Kern dieser «Linken» ausmachen, und der Verabschiedung dieses Programms liegt ein recht langer Zeitraum. Wir wollen hier auf Einzelheiten verzichten, da sie Bürcher wohl bekannt sind. Es ist deshalb auch verständlich, dass er Entstehungsgeschichte, -umstände und Funktion dieses Programms kaum kennt. Es ist ein ausgesprochenes Einigungspapier, das von der überwältigenden Mehrheit der noch traditionellen

Sozialdemokratie getragen wurde und mit vorangegangenen Auffassungen über den einzuschlagenden Weg abrechnete. Es ging vor allem um eine klarere Frontstellung gegen das Bürgertum, die eine geschlossen auftretende Partei und eine enge Zusammenarbeit mit einer sich erneuernden Gewerkschaftsbewegung und konkrete Zielsetzungen und Massnahmen erforderte. Die Wahlen in die leitenden Organe trugen diesem Programm Rechnung, so etwa jene von Heeb zum Vizepräsidenten und von Canonica in die Geschäftsleitung. Beat Bürcher erweckt den Eindruck, gewisse Leute hätten es mit diesem Programm ernst gemeint, andere nicht. Er möge bitte anhand der insgesamt 21 Punkte nachweisen, dass die Kantonalpartei oder massgebliche Vertreter in den leitenden Gremien dieser Partei es mit diesen Punkten nicht ernst gemeint hätten! Nehmen wir zum Beispiel Punkt I/6: Die Partei hat mit ihrer Reichtumssteuerinitiative die Lastenverteilung wesentlich im angestrebten Sinn verändert, obwohl die Initiative selbst abgelehnt worden ist. Ein Gegenvorschlag in der angenommenen Form wäre ohne Initiative, ohne den Einsatz einiger unserer Kantonsräte – insbesondere Ernst Spillmanns –, ohne Festhalten an der Initiative nicht erreicht worden. Beat Bürcher möge die Zusammensetzung der Kommission, welche die Initiative geschaffen hat, überprüfen und er möge den «Beitrag» des einzigen von ihm wohl noch der «Linken» zugerechneten Mitgliedes in dieser Kommission in Vergleich zu den übrigen setzen. Er wird erstaunliche Feststellungen machen.

Kommen wir zu anderen Taten, welche die «Linke» sich als Verdienst anrechnet:

- Die Unterstützung der PdA-Initiative «für eine wirkliche Volkspension». Wie lautete aber das Volksverdict? Hat Bürcher vergessen, dass die Zürcher SP geschlossen eine eigene, vom damaligen Sekretär Gmünder geprägte Konzeption in die Diskussion über die eigene Initiative einbrachte und damit wenigstens in einigen Punkten durchdrang. Die PdA-Initiative hat bewirkt, dass man ihr einen Gegenvorschlag entgegensetzen konnte, so dass unsere eigene Initiative ihn wieder hätte über den Haufen werfen müssen. Bürcher bildet sich doch wohl nicht ein, dass eine SP-Unterstützung der PdA-Initiative zum Durchbruch verholfen hätte. Der Gegenvorschlag hatte in einigen Punkten unsere Initiative überholt, so dass wir ihn nicht gefährden durften, und zwar um so weniger als die Entwicklung wahrscheinlich ohnehin mit der Zeit auf Ideen der Zürcher SP zurückgreifen müssen.
- Die Wahlplattform der Stadtzürcher SP von 1974 ist wirklich vorbildlich, soweit es um Fragen geht, die im Einflussbereich der Stadt liegen. Sie kann und muss gerade infolge ihrer Präzision im Verlaufe der Legislaturperiode modifiziert und fortgeschrieben werden. Sie ist nur leider mit Fragen überladen, die gar nicht im Einflussbereich der Gemeinde zu lösen sind. Sie ist von der ganzen Partei und den Stadt-

ratskandidaten getragen worden und ist auch das Werk der Gesamtpartei. Sie schliesst im übrigen weitgehend an Vorstellungen von 1970 an, als einige «Linke» noch nicht in der Partei waren.

- Die «Richtlinien für sozialdemokratische Behördenmitglieder», die – auf Antrag des städtischen Parteivorstandes – genehmigt wurden, sind vom Gegner immer wieder falsch interpretiert worden. Sie haben eine Mehrheit gefunden, die davon ausging, dass der Bürger ein Anrecht darauf habe, zu wissen, wofür sich die SP-Kandidaten tatsächlich einsetzen. Es stellt sich heute nur die Frage, ob es klug war, eine sozialdemokratischer Tradition entsprechende Selbstverständlichkeit zu Papier zu bringen. Offenbar kommen einige «Linke» ohne «Papers» nicht aus, selbst wenn sie dem Gegner damit Wahlkampfmunition liefern. Sie mögen aber nicht vergessen, dass die damals noch nicht so «linke» Kantonsratsfraktion geschlossen und wirkungsvoll diese Richtlinien verteidigt hat, während sie von der «Linken» mehr als innerparteiliches Streitross aufgezümt worden waren.

Gerade die von Bürcher erwähnte städtische Wahlkampagne von 1974 gibt mir Gelegenheit, die Manipulationen der «Linken» festzuhalten: Die in Betracht kommenden Kandidaten für die Stadtratswahlen haben sich hinter die Wahlplattform gestellt, und zwar sowohl die bisherigen wie insbesondere die nachmaligen neuen Kandidaten. Sie haben mit Ausnahme von Emilie Lieberherr auch die Richtlinien anerkannt. Das genügte der «Linken» nicht: Die Richtlinien und die Wahlplattform leisteten ihnen offenbar nicht den erwünschten Dienst, Kandidaten ihrer Wahl durchzusetzen. Sie hatten eine Fünferliste mit völlig neuen Kandidaten in Reserve – alles Leute, die mit einigen zugewandten Orten und Freundschaften es immer wieder verstehen, als «Linke» sich ins Spiel zu bringen –, der man Vertrauen und Chancen hätte zugestehen sollen, während die anderen vertrauensunwürdige Opportunisten waren. Als sie mit ihrem Plan nicht durchdrangen, verlangten sie den Verzicht auf den vierten Sitz und schlugen – die Bisherigen und Max Bryner vor! Was damals geschah, stellt alle Machenschaften, denen ich in meiner nun beinahe 25jährigen Parteizugehörigkeit begegnet bin, weit in den Schatten. Wenn noch halbwegs vernünftige Überlegungen ein solches Verhalten steuerten, man konnte es gegen seine oft proklamierten Prinzipien wohl kaum «transparent» machen. Dass eine «linke» Sektion dann noch versuchte, die beiden neuen Kandidaten Kaufmann und Müller nicht zu unterstützen und als Opportunisten abzustempeln, sollte diese «Linke» wohl endgültig disqualifiziert haben. Sie verdankt ihr Weiterwirken nur einer seltsamen «Toleranz» naiver Gemüter und im Gewande des Biedermanns auftretender Karrieristen.

Die Episode anlässlich der Gemeindewahlen von 1974 und alles, was nachher folgte, zeigt sehr klar, dass die «Linken» nicht politisch denken, das heisst die Wirkungen ihres Tuns nach aussen, das heisst im Kampf

um mehr Macht für die Arbeiterbewegung und um mehr Geschlossenheit dieser Bewegung in ihrem Kampf nicht einkalkulieren können, dass ihnen jede klare Konzeption, geschweige denn eine Inspiration durch den «wissenschaftlichen Sozialismus» fehlt. Es geht ihnen viel mehr darum, einen innerparteilichen Machtkampf im Gewande von Moralisten und Puristen auszutragen, wobei ihnen Nebenkriegsschauplätze dazu dienen, Mitgenossen die Weihe als Linke zu entziehen und sie dann zu diffamieren. Dass ein unter «moralischem» Gesichtspunkt vielleicht unverständliches Verhalten eines sozialdemokratischen Behördemitgliedes durch strukturelle Faktoren bedingt ist, die Teil der noch immer bestehenden kapitalistischen Grundstruktur sind, das hat ihnen ihr «wissenschaftlicher Sozialismus» noch nie vermittelt. Ihre Energie verpufft in Diffamierung, statt in der Analyse der Schwierigkeiten und Ansatzpunkte der Transformation dieser Gesellschaft in Richtung auf sozialistische Zielsetzungen. Auch von Ansätzen einer Analyse kann bei den meisten der von Bürcher vertretenen «Linken» nicht die Rede sein und soweit Ansätze vorhanden sind, handelt es sich um Bruchstücke von Theorien, bestehend aus Aussagen, die nicht überprüfbar sind. Auch jene, die mit dem Anspruch der marxistischen Politökonomen auftreten, kennen kaum massgebende marxistische oder dem Marxismus nahestehende Ökonomen und ihre Theorien wie zum Beispiel Sraffa, Vogt, Nuti, Robinson, Dobb, Goux, Attali, Morishima usw.

Die Zürcher «Linke» erweckte den Eindruck, die Sozialdemokratie gebe sich wieder eine praxisnahe und wirkungsvolle Theorie. Statt dessen ist viel Zeit in innerparteilichen Machtkämpfen verlorengegangen. Die Arbeiter sind der Partei entfremdet worden. Pseudoprobleme – wie etwa die Einheit der «Linken» in Zürich – sind aufgebauscht worden. Sektionen, die wirkungsvolle Träger sozialdemokratischer Politik sein sollten, entwickelten sich zu Diskussionszirkeln, welche die einen vom Versammlungsbesuch abhalten und die anderen dem Streit um die richtige «Religion», um vertrauenswürdige oder zu verdamme Personen überlassen. Was «Standortbestimmung und Aktionsprogramm» aufnahmen, kann erst nach einer Flurbereinigung wieder fortgesetzt werden. Die Zwischenphase war ein Geschenk an das Bürgertum.